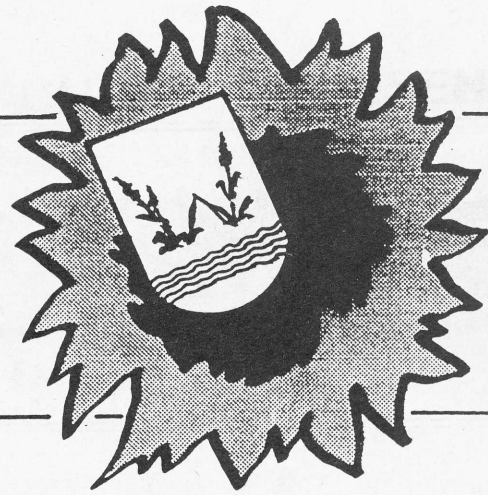


DER GRÜNE BOTE



8. Jahrgang Okt.'92

Wasser in Wiesenbach

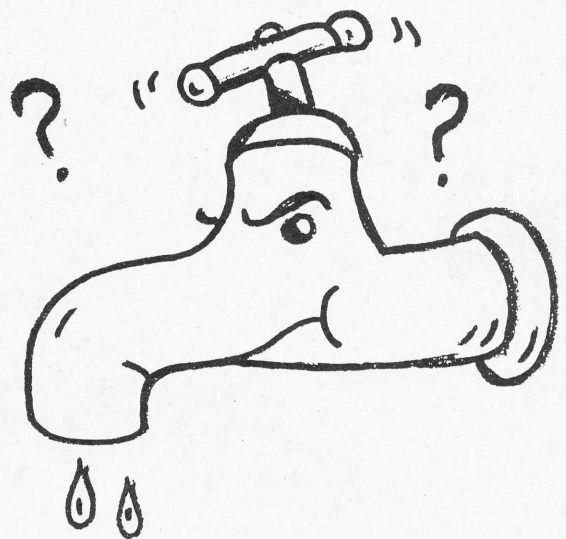
Der Umgang mit der lebensnotwendigen Flüssigkeit Wasser ist in zweifacher Hinsicht Thema der Bürgerversammlung in der kommenden Woche. Es geht um die Nutzung von Brauchwasser im Haushalt und um die Trinkwasserversorgung der Gemeinde.

Rechtliche Bestimmungen stehen gegenwärtig einer Nutzung von Regenwasser im Wohnhaus entgegen. Gesetze und Verordnungen gilt es dementsprechend auf die Höhe der Zeit zu bringen, denn das Sparen von Trinkwasser und der Einsatz von Brauchwasser an seiner Stelle, z.B. in der Toilettenspülung, ist vom Standpunkt des Umweltschutzes aus gesehen nur sinnvoll, vom Standpunkt des eigenen Geldbeutels aus betrachtet übrigens auch. Auszuloten ist also, wo und wie die geltenden Vorschriften geändert werden können.

Beim Stichwort Trinkwasserversorgung wird der vom Bürgermeister und der Mehrheit im Gemeinderat gewünschte Anschluß an die Bodenseewasserleitung im Mittelpunkt der Erörterungen stehen. Die GRÜNEN teilen diesen Wunsch nicht.

Etwas so lebenswichtiges wie das Trinkwasser sollte vor Ort gewonnen werden, wenn nötig durch neue Brunnenbohrungen. Auf die Qualität der eigenen Quellen zu achten, bleibt so eine unumgängliche Aufgabe. Wenn das Wasser hingegen aus der Fernleitung kommt, dann verliert die Reinheit der örtlichen Brunnen an Bedeutung, insbesondere die Nitratbelastung kann so locker verdrängt werden. Das gilt auch für den Fall, daß das Bodenseewasser nur beigemischt wird.

Klar sein muß außerdem: Störfälle in technischen Großsystemen können große Folgen haben, insbesondere, wenn man sich in Abhängigkeit von ihnen gebracht hat. Schließlich bleibt die Frage, wie das Ökosystem Bodensee auf Dauer die Wasserentnahme für halb Baden-Württemberg verkraftet.



Sicher, das Wiesenbacher Wasser ist hart. Teetrinker mögen das nicht, Waschmaschinen ebenfalls nicht, Wasserleitungen vertragen es schon besser, so paradox das klingt. Ist es nicht möglich, mit verhältnismäßig geringem Aufwand das Wasser hier vor Ort (etwas) zu enthärten?

Wiesenbach ist übrigens über Bammental und Gaiberg mit dem Trinkwassersystem Hardt in der Rheinebene verbunden. Es gibt also regionale Wasserreserven für den Fall des Falles.

Kurzum: Es mag technisch interessant sein, eine Fernwasserleitung vom Bodensee bis zur hessischen Grenze zu bauen, für uns hier in Wiesenbach besteht allerdings überhaupt keine Notwendigkeit für den Anschluß an solch ein System.

(In)



Lebensgefahr!

Kernkraftwerk Obrigheim heizt weiter

Ein ungeheuerlicher Wählerbetrug ist in den Augen des Kreisverbandes Odenwald-Kraichgau der GRÜNEN die Entscheidung des baden-württembergischen Umweltministers Schäfer (SPD), dem Obrigheimer Schrottreaktor jetzt nach jahrzehntelangem Probetrieb eine abschließende Dauerbetriebsgenehmigung zu erteilen.

“Das Kernkraftwerk Obrigheim und der Block I des Kernkraftwerks Philippsburg entsprechen nicht dem neuesten Stand der Sicherheitstechnik. So sind beide Anlagen zum Beispiel nicht gegen Flugzeugabstürze gesichert. Darüberhinaus zeigen sich an verschiedenen sicherheitsrelevanten Anlageteilen Ermüdungserscheinungen und Versprödungen. Die Sicherheitsmängel sind teilweise irreparabel.

Deshalb besteht eine nicht behebbare und erhebliche Gefährdung der Bevölkerung. Ein Widerruf der atomrechtlichen Genehmigung ist deshalb nach Paragraph 17 des Atomgesetzes möglich“. Diese Auffassung hatte die SPD-Fraktion noch in der letzten Legislaturperiode in einem Landtagsantrag vertreten.

Nachdem die Partei jetzt an den Regierungspfründen beteiligt ist, erklärt ihr Umweltminister nun: “Die GRÜNEN machen es sich auf jeden Fall zu einfach, wenn sie von einem Minister fordern, die Rechtslage einfach zu ignorieren und sehenden Auges – grob rechtswidrig – eine vom Gericht auferlegte Genehmigung nicht zu erteilen.

Aus der reinen Faktenlage ist uns GRÜNEN unerklärlich, daß Sicherheitsmängel, die die SPD noch vor kurzem als irreparabel einstufte, für den Umweltminister jetzt offenbar bedeutungslos geworden sind. Das Uralt-AKW in Obrigheim ist nicht ausreichend gegen Flugzeugabstürze und auch nicht gegen Erdbeben gesichert; eine Nachrüstung ist nicht möglich. Darüberhinaus fehlen Sicherheitssysteme gegen Schäden am Reaktordruckbehälter und gegen den vollständigen Abriß einer Hauptkühlmittelleitung im Primärkreislauf.

Hinzu kommt, daß die Frage juristisch nach wie vor nicht geklärt ist, ob das Atomkraftwerk überhaupt genehmigungsfähig ist, nachdem es 24 Jahre lang in der rechtlichen Grauzone eines “Probetriebs“ am Netz war. Nach sich widersprechenden Entscheidungen des Verwaltungsgerichts und des Bundesverwaltungsgerichts muß sich

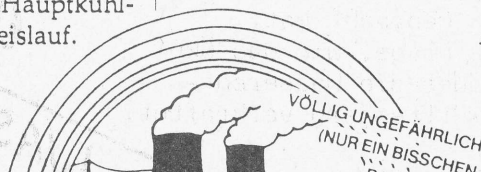
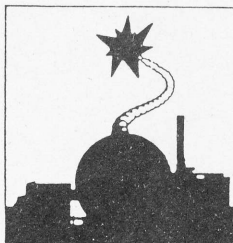
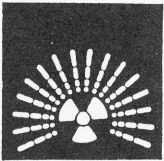
das Bundesverfassungsgericht damit auseinandersetzen. Inzwischen haben sich zahlreiche Organisationen zusammengesetzt, um den Umweltminister zu einer Debatte über seine Genehmigung des Meilers herzuholen:

In einem gemeinsamen Brief haben sich neben den GRÜNEN die Jusos aus dem Rhein-Neckar-Kreis, die Neckargemünder Jusos, der Naturschutzbund Eberbach und das DGB-Ortskartell Neckargemünd an den Minister mit der Aufforderung gewandt, vor Ort Rede und Antwort zu stehen.

Erfreulich ist auch, daß inzwischen die Stadt Heidelberg beschlossen hat, gegen die Dauerbetriebsgenehmigung für Obrigheim Klage zu erheben. Diesen Beschluß hat der Hauptausschuß des Heidelberger Gemeinderats mit den Stimmen von Grün-Alternativer Liste und SPD gegen die Stimmen von CDU und FDP gefaßt.

Der Anwalt der Stadt ist Dr. Peter Becker. Becker vertritt gleichzeitig auch die Klärgemeinschaft gegen das AKW Obrigheim. Anhängig ist von dieser Seite nach wie vor eine Verfassungsklage gegen die AKW-freundliche Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts.

Rolf Gramm



Stilllegung statt Betriebsgenehmigung für das Atomkraftwerk Obrigheim

Herrn
Wirtschaftsminister
des Landes Baden-Württemberg
Dr. Dieter Spöri
7000 Stuttgart

Sehr geehrter Herr Spöri,

in Kürze müssen Sie entscheiden, ob Sie als zuständiger Minister die abschließende Genehmigung für das 1968 ans Netz gegangene älteste deutsche Atomkraftwerk in Obrigheim unterschreiben.

Sie haben in der Vergangenheit als Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion eindeutig Stellung zu diesem Problem bezogen.

Am 17.1.1989 haben Sie und Ihre Fraktion im Landtag den Antrag eingebracht, daß die Landesregierung bis Ende 1990 die Stilllegung des AKW einleiten soll. Ihre damalige Begründung (Landtag Baden-Württemberg, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/987, Seite 2):

„Das AKW Obrigheim entspricht nicht dem neuesten Stand der Sicherheitstechnik und ist zum Beispiel nicht gegen Flugzeugabsturz gesichert. Darüber hinaus zeigen sich an verschiedenen sicherheitsrelevanten Anlageteilen Ermüdungserscheinungen und Verspödungen. Die Sicherheitsmängel sind teilweise irreparabel. Deshalb besteht eine nicht behebbare und erhebliche Gefährdung der Bevölkerung. Ein Widerruf der atomrechtlichen Genehmigung ist deshalb nach § 17 des Atomgesetzes möglich.“

Daran, Herr Dr. Spöri, hat sich bis heute nichts geändert!

Ihr Kollege, Umweltminister Schäfer, der Ihnen die Genehmigung des AKW empfiehlt, hat erklärt, daß das Kernkraftwerk Obrigheim nicht dem Stand von Wissenschaft und Technik entspricht, daß aber von dem AKW „keine Gefahr“ ausginge und die Genehmigung erteilt werden müsse.

Wir weisen Minister Schäfers Erklärung zurück und fragen Sie, Herr Dr. Spöri:

Kann es die Landesregierung verantworten, die Bevölkerung mit dem Risiko leben zu lassen, daß das mit Abstand älteste deutsche AKW mit mangelhafter technischer Auslegung nur deshalb eine Genehmigung erhält, weil „Koalitionsfrieden“ angesagt ist und den Betreibern damit eine Schadenersatzklage gegen das Land wegen der 14-monatigen Stilllegung abgehandelt wird?

Haben Sie zur Kenntnis genommen, daß „mangelhafte Auslegung gegen Flugzeugabsturz“ auch mangelhaften Sabotageschutz bedeutet? Wie beurteilen Sie die wiederholten Drohungen von nationalistischen Führern Restjugoslawiens, Terroranschläge auf „westliche Atomkraftwerke“ zu verüben?

Und wie steht es mit der mangelhaften Auslegung gegen Erdbeben, obwohl Obrigheim wie der Oberrheingraben in Erdbebenstufe 2 liegt? Da sich weder Terroristen noch Erdbeben rechtzeitig schriftlich beim Umweltminister melden, fragen wir Sie: Wie wollen Sie die Bevölkerung vor solchen Ereignissen schützen?

Wie steht es mit der Koalitionsvereinbarung, daß für alle Atomkraftwerke des Landes „alternative Gutachten“ zu erstellen sind? Wieso wird erst die Genehmigung erteilt und dann eine Gutachten, das nur Alibifunktion haben kann, erstellt?

Und wie steht es mit der Glaubwürdigkeit der Politik und der Politiker? Soll die in der Bevölkerung grassierende Politik(er)verdrossenheit dadurch noch verstärkt werden, daß die Wählerinnen und Wähler noch mehr den Eindruck gewinnen, Politiker verhielten sich nach dem Motto: „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?“

Wir verkennen nicht die Sach- und Handlungszwänge, denen praktische Politik zwangsläufig unterliegt. Aber bei dieser Entscheidung geht es um die Frage, ob für die Landesregierung die (angeblichen) „Standortvorteile“ oder die Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung Priorität haben. Wenn ein großer Unfall in diesem Atomkraftwerk geschieht, ist nicht nur unermessliches Leid für Hunderttausende, wenn nicht Millionen von Menschen unausweichlich, auch die wirtschaftlichen und ökologischen Schäden werden so astronomisch hoch sein, daß der „Standortvorteil“ sich in das völlige Gegenteil verkehren wird.

Wir appellieren daher an Sie: Genehmigen Sie nicht, legen Sie still! Herr Wirtschaftsminister!

Geld oder Leben

die bisherigen Aktivitäten der „Klärgemeinschaft: AKW Obrigheim abschalten“, die u.a. zu einer 14-monatigen Stilllegung des Reaktors führten, haben allein für die juristischen Verfahren Kosten von über 80 000 DM verursacht. Dazu kommen noch Zehntausende für Gutachten, Öffentlichkeitsarbeit etc. Auch diese Anzeige ist - wie unsere weitere Arbeit - nur durch Spenden aus der Bevölkerung finanzierbar. Wir können juristische und gutachterliche Vorhaben nur mit Ihrer Unterstützung weiter vorantreiben. Daher bitten wir dringend um Ihre Spende für diese Anzeige und unsere folgenden Informationen. Falls Sie fortlaufende Infos über unsere Arbeit wünschen, geben Sie bitte Namen und komplette Adresse leserlich auf Ihrer Überweisung an. Und denken Sie dabei an unser Motto:

Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv!

Spendenkonto 9429.3 Ökobank Frankfurt (500 901 00)

Bio-Tonne: Saboteure im Landratsamt

Das paßt in keinen Müllcontainer, was uns da während der letzten Wochen in Sachen Bio-Tonne zugemutet wurde.

Die Verwirrung ist komplett. Bleibt es beim Angebot der Gemeinde, Eigenkompostierer von der Bio-Tonne zu befreien? Ist ein solches Angebot rechtswidrig, wie es aus dem Landratsamt heißt? Dürfen Selbstkompostierer nicht einmal ein Hühnerbeinchen in der grauen Restmülltonne versenken?

Die Bürgerinnen und Bürger sind verunsichert und wütend. Mit Recht.

Verantwortlich für diesen Schlamassel sind der Landrat Dr. Schütz (CDU) und sein Mülladjutant Ehrhard, Kreiskämmerer und Geschäftsführer der Abfallverwertungsgesellschaft des Rhein-Neckar-Kreises GmbH (AVR). Es paßt ihnen nicht ins Konzept, wenn Gemeinden wie Wiesenbach sich für Eigenkompostierung und/oder Bio-Tonne entscheiden. Sie wollen möglichst flächendeckend die Mehrkammertonne einführen, bei der eine Befreiung schon technisch unmöglich ist.

1994 soll schließlich im ganzen Kreisgebiet ein einheitliches Mülltonnensystem existieren. Nach Ablauf der bestehenden Vereinbarungen mit den Gemeinden will man nämlich dann die gesamte Abfallwirtschaft im Landkreis in die eigene Fuchtel bekommen.

Voraussetzung dafür ist der Verzicht der Mehrheit der Kreisgemeinden auf den letzten Rest an Eigenverantwortlichkeit bei der Lösung des Müllproblems.

Wie sind genervte Bürgermeister und Gemeinderäte am ehesten zu diesem Verzicht zu bringen? Man muß ihnen nur bei jeder Eigeninitiative Knüppel zwischen die Beine werfen, auch wenn die noch so vernünftig ist.

Genau das treiben die genannten Herren im Augenblick. Das ist Sabotage. Sabotage an der Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, konsequent selbst zu kompostieren und damit eine beachtliche Menge Müll zu vermeiden.

Der Wiesenbacher Gemeinderat hat mit grosser Mehrheit die Einführung der Bio-Tonne beschlossen. Er folgte damit dem einmütigen Votum der Bürgerversammlung vom 7. April.

Er hat ferner festgelegt, daß Müllvermeidung endlich auch finanziell belohnt wird. Wer weniger Abfall produziert, kann sich für kleinere Tonnen entscheiden und entsprechend weniger Gebühren zahlen. Das gilt für die graue Restmülltonne und die neue, braune Bio-Tonne. Konsequente Eigenkompostierer können sogar auf die letztere verzichten. Das ist ein wesentlicher Beitrag zu tatsächlicher Müllvermeidung.

Auf seiner Septembersitzung hat der Rat nun diese Beschlüsse bekräftigt - quer durch alle Fraktionen.

Sollte die neue Wiesenbacher Abfallsatzung vom Landrat deshalb nicht genehmigt werden, dann will die Gemeinde vor Gericht ziehen.

Diese entschlossene Haltung ist im Interesse der Umwelt und der Bürgerinnen und Bürger. Sie verdient jede Unterstützung.

(1n)

Steckdose Teil 1

Kurz vor Redaktionsschluß dieser Zeitung wurde bekannt, daß das Elektrizitätswerk Elsenzthal der Rheinelektra AG den Gemeinden einen neuen Vertragsentwurf vorgelegt hat, der für diese einige Verbesserungen enthält.

Wie bei einer Informationsveranstaltung des BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz) in Bammental bekannt wurde, haben die Bürgermeister von Bammental, Gaiberg und Wiesenbach entsprechende Nachverhandlungen geführt.

Die GRÜNEN und die SPD hatten in allen drei Gemeinden bei der Erstvorlage des neuen Konzessionsvertrags vor den Sommerferien heftige Kritik an diesem geübt. (s. STECKDOSE I)

Von den Nachverhandlungen waren die Wiesenbacher Gemeinderäte und -rätinnen nicht unterrichtet.

Die GRÜNEN werden den neuen Vertragsentwurf gründlich prüfen.

Zustimmen werden sie ihm nur, wenn die Gemeinde durch ihn in keiner Weise daran gehindert wird, Stromverbrauch in Wiesenbach zu sparen, umweltfreundliche Eigenproduktion von Elektrizität zu fördern und nach Ablauf des neuen Vertrages bei Bedarf das vorhandene Stromnetz für die eigene Nutzung zu einem angemessenen Preis zu übernehmen.

"Auf den ersten Blick sieht es so aus, als ob in den wesentlichen Punkten keine Verbesserungen für die Gemeinden erzielt werden konnten", erklärte Gemeinderat Nöllenburg, der im übrigen die Initiative der Bürgermeister zu Nachverhandlungen ausdrücklich begrüßte.

Vielleicht ist das letzte Wort ja noch nicht gesprochen.

(1n)

Steckdose Teil 2

Die GRÜNEN Bammental, Gaiberg und Wiesenbach lehnen die Konzessionsverträge der Energieversorgungsunternehmen (EVU) in der vorliegenden Form ab.

Die zur Zeit geltenden Konzessionsverträge über die Stromversorgung in den Gemeinden laufen spätestens zum 1. Januar 1995 aus. Die Energieversorgungsunternehmen (EVU) versuchen derzeit, möglichst schnell neue Verträge mit den Gemeinden unter Dach und Fach zu bekommen. Grund: Der Wind bläst ihnen ins Gesicht, Tendenz zunehmend.

Überall wird von "Rekommunalisierung" der Energieversorgung gesprochen, immer mehr Gemeinden überlegen sich, eigene Stadtwerke zu gründen, und damit die Stromversorgung der Bevölkerung selbst in die Hand zu nehmen. Die EVUs locken die Gemeinden mit verbesserten Konzessionsabgaben, möglichst schnell neue Verträge über die Stromversorgung abzuschließen. Konzessionsabgaben müssen von den EVUs für das Recht, Leitungen über Gemeindegebiet zu verlegen, bezahlt werden. Für viele Gemeinden sind diese Abgaben ein willkommenes Zubrot für den Gemeindehaushalt.

DIE GRÜNEN lehnen die vorgelegten Konzessionsverträge ab, weil sie die Interessen der Gemeinden nicht genügend berücksichtigen und weil sie insbesondere keinerlei Beitrag zur Energieeinsparung leisten.

DIE GRÜNEN gehen in ihrer Energiepolitik von folgenden Vorgaben aus:

- Die **Energieeinsparung** muß intensiv gefördert werden.
- Statt zentraler Kondensationskraftwerke (oft Kernkraftwerke) soll verstärkt die dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung (Blockheizkraftwerke) ausgebaut werden.
- In Zukunft muß verstärkt die Nutzung erneuerbarer Energiequellen vorangetrieben werden (z.B. Solarenergie).

All diesen Vorgaben widersprechen die von den Energieversorgungsunternehmen den Gemeinden vorgelegten Musterverträge.

Belohnt wird weiterhin, wer viel Strom verbraucht; Großkunden erhalten verbilligte Sondertarife. Der Bau von Blockheizkraftwerken (BHKW) wird erschwert, indem nur geringe Tarife bezahlt werden, wenn durch ein solches BHKW Strom ins Netz eingespeist wird. Konzerne, die große Kraftwerke betreiben, haben naturgemäß wenig Interesse am Ausbau erneuerbarer Energiequellen wie z.B. der Sonnenenergie. Insbesondere ist so nicht an einen Ausstieg der uns alle bedrohenden Kernenergie (Obrigheim) zu denken.

DIE GRÜNEN Bammental, Gaiberg und Wiesenbach werden daher Anträge in den Gemeinderäten einbringen, die das Ziel haben, die derzeit vorge-

legten Vertragsentwürfe zu verbessern. Wir sind uns darüber im klaren, daß es derzeit nicht möglich ist, in den drei relativ kleinen Gemeinden eigene Stadtwerke zu gründen, um die Energieversorgung selbst zu betreiben. DIE GRÜNEN verlangen jedoch, daß in den nächsten 10 Jahren auf dieses Ziel hingearbeitet wird.

Hierfür sind zwei Änderungen in den Verträgen wesentlich:

Die Laufzeit des Vertrags soll nur 10 und nicht - wie von den EVUs gewünscht - 20 Jahre betragen. Solange darf nach Auffassung der GRÜNEN nicht mehr gewartet werden, bis die Gemeinden auf alternative Energiequellen umsteigen können.

Die "Endbestimmungen" des Vertrages müssen geändert werden. Hier ist geregelt, zu welchem Preis die Gemeinden die Leitungen und Anlagen des Energieversorgungsunternehmens zurückkaufen können, wenn sie eigene Stadtwerke gründen wollen. In den jetzt vorliegenden Verträgen solle die Gemeinden den "Sachzeitwert" bezahlen, d.h. den Betrag, den die EVUs heute bezahlen müßten, wenn sie die Anlagen völlig neu erstellen würden. Angemessen ist nach Auffassung der GRÜNEN die Begleichung des Anschaffungswertes (also zum Zeitpunkt der Errichtung der Anlagen) abzüglich der üblichen Abschreibung.



Für das Recht, sich zu ernähren FIAN stellt sich vor

Können Sie sich vorstellen, daß Sie morgen durch eine benachbarte Firma oder durch die Regierung Ihre Wohnung, Ihre Arbeit verlieren und daß Sie auf der Straße stehen, ohne Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe oder Bankkonto? Können Sie sich vorstellen, daß Sie jahrelang vergeblich nach Arbeit suchen, sich mit Gelegenheitsjobs durchschlagen, Ihrer Kinder durch Unterernährung verlieren? Können Sie sich vorstellen, daß Sie keine Möglichkeit haben, Ihr Recht gerichtlich durchzusetzen, weil die Rechtsprechung nicht funktioniert, etwa weil die Justiz auf Seiten der Regierung oder anderer mächtiger Interessen steht oder weil ein Rechtsanwalt nur unter Lebensgefahr Ihre Rechte verteidigen könnte.

Dies entspricht der bitteren Realität von Millionen Menschen. In vielen Ländern liegt die einzige Möglichkeit zu Überleben darin, auf einem Stück Land Nahrung für sich und die Familie anzubauen. Das Land verlieren, heißt die Existenzgrundlage verlieren. In solchen Situationen drohender Landvertreibung und Landlosigkeit kann die internationale Öffentlichkeit einen wesentlichen Beitrag für die Durchsetzung der Rechte der Betroffenen leisten.

Dies hat FIAN in den letzten Jahren immer wieder erfahren. FIAN ist eine internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht sich zu ernähren. FIAN wurde 1986 gegründet und arbeitet auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Seit seiner Gründung erreichten FIAN zahllose Hilferufe von Landlosen, Kleinbauern und Ureinwohnern in Situationen von Landkonflikten und Landvertreibung. Durch seinen intensiven Einsatz konnte FIAN in vielen Fällen mit Erfolg für die internationale anerkannten Rechte der Betroffenen eintreten. Hier nur zwei Beispiele aus dieser Arbeit:

Seit mehr als vier Jahren unterstützt FIAN die 1500 landlosen Familien auf der Fazenda Annoni (Brasilien) bei der Durchsetzung ihrer Landrechte. Nachdem die Regierung ihre Zusage

auf Ansiedlung der Landlosen von Rio Grande do Sul mehrmals gebrochen hatte, war die brachliegende Fazenda von Landlosen besetzt worden. FIAN setzt sich für die Rechte dieser Menschen ein, durch Gespräche mit Botschaftern und Pressevertretern in Brasilien und Europa. Inzwischen haben – trotz großer Widerstände – fast alle diese Familien von der Regierung Land bekommen.

In Ecuador dringen Ölbohrtrupps und nachrückende Siedler in den Regenwald des Amazonastieflandes ein. Rodungsarbeiten der Siedler und die Ölabfälle der Bohrstellen zerstören den Wald und verseuchen das Wasser. Das Volk der Huaorani müht sich seit Jah-



ren um Landtitel. FIAN setzte sich für die Landrechte der Indianer durch Briefaktionen und Pressearbeit ein. FIAN lud den Präsidenten des ecuadorianischen Indianerverbandes ein, der Politikern in Bonn die verzweifelte Situation der Huaorani darlegte die Öffentlichkeit informierte. Vor kurzem bekamen sie nun endlich ihre Landtitel.

Elend und Unterernährung bei Kleinbauern, Landlosen und Ureinwohnern sind heute immer häufiger die Folge von Unterdrückung, Resultat einer "Entwicklung", die wirtschaftliche und soziale Menschenrechte mißachtet.

Ohne Schutz dieser an den Rand gedrängten Menschen können Entwicklungsprojekte eher schaden als nutzen. Ohne Schutz bringen Staudämme Strom und Wasser für die Reichen, Vertreibung und Hunger für die Armen.

FIAN gelang es wiederholt durch öffentlichen Druck, bevorstehendes Unrecht zu verhindern oder für begangenes Unrecht gerechte Wiedergutmachung zu erreichen. FIAN konnte Mitglieder in über zwanzig Ländern auf fünf Kontinenten gewinnen.

FIAN hat Beraterstatus bei den Vereinten Nationen. Dieser ermöglicht es der Organisation verstärkt, die Erfahrungen der Armen in die Durchsetzung und Gestaltung internationalen Rechts mit einzubringen. Mit dem Bekanntwerden der Arbeit von FIAN bei den Betroffenen werden immer mehr Hilferufe an FIAN

herangetragen. Dieser Situation kann FIAN nur gerecht werden, wenn immer mehr Menschen diese Arbeit auch finanziell tragen. Seit Mitte dieses Jahres treffen sich auch in Neckargemünd und Umgebung Menschen, die sich für die Menschenrechte der von Hunger und Unterernährung Bedrohten einsetzen.

Am Samstag, den 17. Oktober wird FIAN ab 10 Uhr mit einem Stand auf dem Marktplatz zum Welternährungstag vertreten sein.

Kontaktadresse: Peter Kühn, Poststraße
12, 6901 Wiesenbach, Tel. 06223/40774

Fragen zum Thema Asyl

Überall in Deutschland wächst die Furcht vor Ausschreitungen gegen Ausländer. Die Welle der Gewalt zieht nicht nur über die neuen Bundesländer hinweg, auch in unserer Nähe (Hemsbach, Nußloch) warfen Menschen Brandsätze gegen Asylantenwohnheime. In der Auseinandersetzung zum Thema 'Asyl' tauchen immer wieder die gleichen Fragen/Vorurteile auf.

Die Wohnungsnot in Deutschland verschlechtert sich wegen der Asylanten. Das ist falsch. Der Mißstand auf dem Wohnungsmarkt ist das Ergebnis der Regierungsarbeit der letzten 10 Jahre im Bereich des sozialen Wohnungsbaus.

In Wiesenbach wohnen die 24 Asylbewerber in 2 gemeindeeigenen Häusern, 8 qm pro Person. Wer will da tauschen?

Der Staat ist bankrott - die Asylanten kassieren unser Geld ohne was zu tun. 1991 kosteten die Asylbewerber den Staat 5,4 Mio DM, 32,6 Mio DM sind Entwicklungshilfemittel und 52 Mia. beträgt der Rüstungshaushalt.

Der Gemeinde Wiesenbach entstanden Kosten von 14000 DM; Miete und Sozialhilfe leisten das Landratsamt. Für Baden-Württemberg gilt der Sozialhilfesatz minus 10 % für Asylanten. Ein lediger junger Mann bekommt 380 DM monatlich.

Asylbewerber, die keine Arbeit haben, gelten als faul, solche die schaffen heißt es, nehmen den Deutschen Arbeitsplätze weg. Seit 1 Jahr ist es Asylbewerbern erlaubt zu arbeiten, wenn kein Deutscher oder EG-Ausländer diese Arbeit will. Die meisten Asylbewerber arbeiten im Gaststättenbereich in der Küche. Wer Sozialhilfe beantragt, muß bis zu 3 Besuchen bei Arbeitsstellen nachweisen. Übrigens, wer nicht arbeiten will, kriegt die Sozialhilfe drastisch gekürzt.

Fast alle erwachsenen Wiesenbacher Asylbewerber gehen arbeiten, bezahlen Miete an die Gemeinde (130 DM für ein 4-Bett Zimmer) und zahlen Steuern und Sozialversicherung, leisten dadurch ihren Beitrag zum sozialen Netz.

Raus mit den Wirtschaftsflüchtlingen, gegen die wirklich politisch verfolgt ist nichts einzuwenden.

Die Asylsuchenden in Wiesenbach kommen aus: Somalia (4 Personen) - Bürgerkrieg und Hungersnot, die Bilder kennt jeder aus dem Fernsehen.

Jugoslawien - (10 Frauen und Kinder) Bürgerkrieg ohne Rücksicht auf die Bevölkerung.

Libanon - (7 Personen) jahrelanger Bürgerkrieg zerstörte die Lebensgrundlage vieler Familien.

Indien - (3 Personen) auf Grund ihrer Religion werden Menschen verfolgt, erschossen.

Wer will diese Menschen in ihr Heimatland zurückschicken ?

Und wenn wir das Asylrecht ändern?

Das verändert nichts an der Zuwanderung von Flüchtlingen, wenn nicht die Ursachen der Flucht in den Ländern beseitigt werden. Dazu das Beispiel Türkei. Die türkische Regierung unterdrückt mit Folter und militärischer Gewalt die Kurden. Die Türkei als Nato Mitglied wird von deutschen Regierungspolitikern nicht dazu gedrängt, Menschenrechte zu achten. Statt dessen werden Waffen an die Armee geliefert. Fluchtursachen bekämpfen nach Art unserer Regierung.

Solange es reiche Industriestaaten auf der einen Seite und arme Länder auf der anderen Seite gibt, solange werden Menschen aus ihrer Heimat flüchten. Eine Grundgesetzänderung löst kein Problem.

I. Hofmann



Rostock 92

Den Hals voll Bier, den Bauch voll Wut
Die Vergangenheit schlecht und die Zukunft nicht gut
Keine Arbeit, keine Kohlen und das Gefühl
Wenn sie nicht draufhaun, dann läuft nicht mehr viel
Der ganze Frust lähmt den Verstand
Braune Rattenfänger streuen braunen Sand
Und dann werfen sie mit ächtem Heldenmut
Brandbomben gegen Armut und sie treffen gut.

Wir sind alle Fremde auf der Welt
Und Armut ist jedem seine Sache
Wer nicht stiehlt, hat kein Geld
Und das Feuer steht schon auf dem Dache

Krokodilstränen stehn im Ministergesicht:
"Ich wollt ja auch gern, doch ich kann ja nicht
Wer meinen Gartenzwerg und den Mercedes bedroht
Darf nicht hinein ins Wohlstandsboot"
Krawall will er nicht, doch er nutzt ihn aus
Zeigt Verständnis für den guten Bürgerapplaus
Und Teilen, wieso, doch nicht bei mir
Wenn die Armen hungern -sollen sie- doch nicht hier

Wir sind alle Fremde auf der Welt
Und Armut ist jedem seine Sache
Wer nicht stiehlt, hat kein Geld
Und das Feuer steht schon auf dem Dache

Um ganz Deutschland Mauer und Stacheldraht
Und vorher raus, wer hier nix zu suchen hat
Mit Hund und Panzer vom Isarstrand
Ohne entweder zur Oder, asylfrei das Land
Wir kennen nur deutsch und wir igeln uns ein
Mutter Germania in deinen Schoß hinein
Und hinaus geht's nur im Kampfverband
Wo ist das nächste Schlachtfest - wir kommen gerannt

Wir sind alle Fremde auf der Welt
Und Armut ist jedem seine Sache
Wer nicht stiehlt, hat kein Geld
Und das Feuer steht schon auf dem Dache

PK

STELLT EUCH VOR ...

Stellt Euch vor, all die vielen Wiesenbacherinnen und Wiesenbacher, die am Sonntag beim Europa-Fest in der Biddersbach-Halle ihre Freude gehabt haben, hätten am Montag an einer Volksabstimmung über die Maastrichter Verträge teilnehmen können. Die Freude wäre mit Sicherheit nicht so heftig ausgefallen. Europa hat eben nicht nur eine Schokoladenseite ...

In Donnery, unserer französischen Partnergemeinde, haben beim Europa-Referendum Ende September jedenfalls (nur?) 55 Prozent der Wahlberechtigten für die Maastrichter Verträge gestimmt.

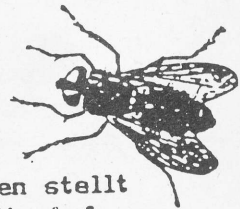
(1n)

AKTUELL:
• BÜRGERVERSAMMLUNG
THEMA "WASSER"
DO. 22. Okt. '92 20⁰⁰ Uhr
Bürgerhaus Wiesenbach
• "GRÜNE" SITZUNG
MO. 9. NOV. '92 20³⁰ Uhr
Gasthaus "Löwen"
— TERMINE —
— TERMINE —
— TERMINE —

IMPRESSUM

IMPRESSUM "DER GRÜNE BOTE"

Zeitung der GRÜNEN Wiesenbach
V.i.S.d.P.
Bernhard Hofmann
Panoramastraße 40
6901 Wiesenbach



Auflage : 950
Die Meinung der Autoren stellt
nicht in jedem Falle die Auf-
fassung der Redaktion dar.